



Bundesministerium  
der Justiz



Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Katja Dörner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Max Stadler, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030) 18 580-9010

FAX +49 (030) 18 580-9048

E-MAIL pst@bmj.bund.de

23 . Juni 2010

Betr.: Ihre schriftliche Frage Nr. 6/160 vom 15. Juni 2010

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. g. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 6/160:

*Wann ist mit den Ergebnissen des Forschungsprojektes „Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern“, mit dem u. a. das Deutsche Jugendinstitut (DJI), Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) und die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München betraut sind, zu rechnen und in welcher Form ist eine Befassung des Deutschen Bundestages vorgesehen?*

Antwort:

Mit den Ergebnissen des Forschungsprojektes "Gemeinsame Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern" ist entgegen der ursprünglichen Planung bereits im September d. J. zu rechnen. Die Laufzeit des Forschungsvorhabens wurde inzwischen geringfügig verkürzt. Die Rücklaufquote der Fragebögen, die an die Teilnehmer/innen der Befragung versandt wurde, entsprach nicht den an eine repräsentative Befragung gestellten Erwartungen. Auch gab es unerwartete Schwierigkeiten bei der Gewinnung repräsentativen Adressmaterials bei den Melde-, Jugend-

-2-

und Landesämtern. Weil sich wegen dieser unerwartet großen Probleme beim Feldzugang die vertraglich vereinbarten Mengengerüste trotz intensiver Bemühungen nicht haben realisieren lassen, wurde die Untersuchung vorzeitig beendet.

Die Bundesregierung wird den zuständigen Ausschuss über die Ergebnisse des dann vorliegenden (vorgezogenen) Schlussberichtes unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

*M. J. Riedler*